

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise für Anzeigen aus Aus und Umgebung des Erzgebirges, auswärtsige Anzeigen 50 Goldmarken, Reichs-Anzeiger 40 Goldmarken, amtliche 30 Goldmarken.

Veränderungen nehmen die Anzeigerpreise für Anzeigen aus Aus und Umgebung des Erzgebirges, auswärtsige Anzeigen 50 Goldmarken, Reichs-Anzeiger 40 Goldmarken, amtliche 30 Goldmarken.

Telegramme: Kageblatt 'Auerzgebirge' Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1448

Nr. 21

Freitag, den 25. Januar 1924

19. Jahrgang

Luther über die künftige deutsche Finanzpolitik.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hielt in Hamburg eine Rede, bei der er u. a. folgendes sagte: Vom Sachverständigenausschuss erwarten wir die Feststellung der Wahrheit. Wenn die Welt sie fand, dürfen wir hoffen, daß sich daraus auch der Wille zu einer Regelung geben wird, bei der das deutsche Volk bestehen und wieder emporsteigen kann. Wir haben stets den Willen gehabt, nach Maßgabe unserer Kräfte zu erfüllen, was wir übernommen haben. Seit Einführung der Rentenmark sind Reichshaushaltsweisungen nicht mehr distinkt worden. Wir müssen mit allen Kräften einen neuen Währungsversuch vermeiden, der allen Verhandlungen über Kredite ein Ende bereiten würde. Mit den Steuermaßnahmen können wir vor seiner Schicht des Volkes Halt machen. Bei der Entscheidung über die 3. Steuerreformverordnung wird die Notlage der Wirtschaft und des Reiches maßgebend sein. Die von Bayern gewünschte völlige Trennung der Finanzverwaltung zwischen Reich und Ländern halte ich für gänzlich unmöglich. Ich hoffe aber daß wir vor der Lösung der Aufteilung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden stehen. Allerdings müssen dann die Länder und Gemeinden mit den ihnen zugewiesenen Mitteln auskommen und dem Reiche bei seinen Sparmaßnahmen folgen. Dann können wir einen Reichshaushalt aufstellen, durch den die inneren Ausgaben Deutschlands im Jahre 1924 aber ohne die Besatzungskosten, gedeckt werden. Ungedeckt bleiben auch die sogenannten inneren Ausgaben aus dem Versailler Vertrag und die Ausgaben für Reparationen. Die Kreditfrage ist nur mit Hilfe des Auslandes zu lösen. Unter Handel in der Welt muß sich wieder ungehemmt entwickeln können. Der Minister ging ausführlich auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet und auf die Meumverträge ein und schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Bemerkung, Deutschland könne die Reparationsleistungen nur tragen, wenn als Deutschland das gesamte deutsche Volk in wirtschaftlicher und finanzieller Freiheit in Betracht komme.

Der Mordplan gegen General von Seeck.

Richtungstret im völkischen Lager.

Durch die Vernehmung des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Justizrat Claß als Zeugen, ist die an und für sich schon geheimnisvolle Anschlagsaffäre Thormann-Dr. Grandel noch geheimnisvoller geworden. Vor allen Dingen aber scheint die ganze Angelegenheit sich zu einem ernsthaften Konflikt zwischen den verschiedenen im Gegensatz zueinander stehenden völkischen Richtungen zuzuspitzen. Zur Klärung der verschiedenen Zusammenhänge zwischen Thormann und Dr. Grandel einerseits und den in Verbindung mit dem Anschlagsplan bisher genannten rechtsextremen Organisationen andererseits ist vor allem notwendig, sich mit der politischen Tätigkeit des Dr. Grandel näher zu beschäftigen. Die Augsburger Meldungen über seine dort erfolgte Verhaftung besagen, daß Grandel fanatischer Nationalist sei. Auf der anderen Seite steht es fest daß er zu Justizrat Claß, also zu dem dem vaterländischen Verbänden angeschlossenen Alldeutschen Verband, Beziehungen gehabt hat. Wie hierzu bekannt wird, ist Grandel tatsächlich eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Gleichzeitig stand er aber auch dem Alldeutschen Verband nahe, und er soll nun den Versuch gemacht haben, die Auffassung dieser letztgenannten Organisation in der Hitlerbewegung zu propagieren, wobei er auf den entschiedenen Widerstand Hitlers gestoßen sein soll, der zu Claß wie überhaupt zu den vaterländischen Verbänden in hartem Gegensatz steht. Nach alledem scheint Dr. Grandel eine Doppelrolle in der völkischen Bewegung gespielt zu haben; es wird nun noch die Frage zu klären sein, aus welchem Lager denn eigentlich die Hintermänner kommen die als die eigentlichen Urheber des geplanten Mordanschlages gegen General von Seeck anzusehen sind.

Punkt 6 des Pfalzberichtes Elbes.

Aus der Pfalz wird geschrieben: Nach völlig übereinstimmenden authentischen Nachrichten hat der Bericht des englischen Generalkonsuls Elbe in der ganzen völkischen Bevölkerung aufrichtige Genugtuung ausgelöst. Man erkennt in der Pfalz überall dankbar an, daß dieser streng sachliche Bericht eine getreue Formulierung der dem englischen Beauftragten gegenüber zum Ausdruck gebrachten Stimmung der Pfalz ist. Besonders wird die Feststellung des englischen Generalkonsuls begrüßt, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der Pfalzbevölkerung von der Separatistenher-

schaft nichts wissen will. Damit wird die Kernfrage des ganzen Problems beantwortet.

Nur ein einziger Punkt des Elbeschen Berichtes ist etwas unklar gelassen und dürfte daher, namentlich bei oberflächlicheren Beobachtern, falsche Schlüsse zulassen. Es ist das der Punkt 6, in dem Elbe von der Befragung unzufriedener Bauern und Arbeiter für die Schaffung eines politisch unabhängigen rheinischen Staates spricht. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß diese Unzufriedenheit gewisser Einzelner lediglich auf bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Eine solche auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführende Unzufriedenheit ist aber gar nichts Außergewöhnliches, sie befindet sich nicht nur in der Pfalz, sondern in der Regel auch in anderen wirtschaftlich bedrückten Ländern. Außerdem ist zu bedenken, daß die letzte Ursache dieser Unzufriedenheit doch wohl in der Miswirtschaft zu finden sein dürfte, die von den Franzosen und „Separatisten“ seit mehr als vier Jahren in der Pfalz getrieben wird.

Um ins Einzelne zu gehen, so braucht man, was zunächst die angebliche „Unzufriedenheit“ der Bauern betrifft, nur auf die bekannten Entschleisungen sämtlicher bäuerlicher Organisationen der Pfalz hinzuweisen. In denen der Wunsch der pfälzischen Bauernschaft, beim Reich und bei Bayern zu bleiben, klar und unzweideutig zum Ausdruck kommt. Wenn sich Elbe der Eindruck einer gewissen Unzufriedenheit unter der Bauernschaft aufdrängt, so ist das u. a. auch wohl darauf zurückzuführen, daß die Franzosen ein beträchtliches Interesse daran hatten, Elbe in erster Linie die wenigen unzufriedenen Elemente, die es natürlich auch in der Pfalzbauernschaft gibt, als „Vertreter der Bevölkerung“ zuzuführen. Daß dies der Fall war, ist bei verschiedenen Gelegenheiten klar erwiesen worden.

Wesentlich verhält es sich mit den in Punkt 6 des Berichtes erwähnten „unzufriedenen Arbeitern“. Von französischer Seite sind nämlich dem Generalkonsul in der Mehrzahl — Erwerbslose als Vertreter der Arbeiterschaft zugeführt worden. Nun sind bekanntlich in allen Gegenden diejenigen Elemente die unzufriedenen, die ihren Erwerb verloren haben. Ueber die wirkliche Stimmung der sozialistisch orientierten und organisierten Arbeiterschaft ist Elbe von den Vertretern der Pfälzischen Sozialdemokratie zur Genüge unterrichtet worden. So hat u. a. auch der Abg. Hofmann, der seinerzeit sich vorübergehend für die Pläne des Generals de Meß hatte einlassen lassen, sich in einer besonderen Unterredung mit Elbe klar und deutlich in deutschem Sinne ausgesprochen.

Franzosen und Separatisten.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Trier sendet seinem Blatte einen eingehenden Bericht über die Maßnahmen der Franzosen zur Entdeutschung dieser Stadt. Er schreibt: Nur in der Pfalz seien die Franzosen in ihrer Unterstützung der Separatisten noch offener gewesen als in Trier. Die Separatisten könnten in zehn Minuten hinausgeworfen werden, aber schon zweimal, als sie von der Menge angegriffen und ihre Flaggen heruntergeholt worden seien, hätten die Franzosen eingegriffen und berittene Scharfschützen, die mit großer Rücksichtslosigkeit gegen die Menge vorgegangen seien. Der Berichterstatter schließt, die verabschiedete rotweiß-grüne Flagge werde von den Franzosen überall geschickt im Moseltal und im Rheintal, von Koblenz bis zur Pfalz. Was im besonderen General de Meß anlangt, so habe er sich so sehr mit den Separatisten eingelassen, daß die Franzosen eine Unterstützung derselben nicht einstellen könnten, wenn der General nicht abgelöst würde.

Schnüffelereien der Franzosen.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, gehen die Franzosen sehr dazu über, die Häuser zahlreicher Firmen zu zerstören, um festzustellen, wieviel Waren während des passiven Widerstandes von dem besetzten in das unbesetzte Gebiet von den betreffenden Firmen geschafft worden sind. So sind besonders bei der Rauscher Industrie Kontrollen vorgenommen worden. Die französische Zollbehörde verlor unter Androhung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens die Hälfte der Summen, die die Firmen für die, wie die Franzosen es nennen, „verschobenen“ Waren erhalten haben.

Von Franzosen überfallen und ermordet.

Der Steinbruder Eduard Werner in Düsseldorf, der nachts in Erwartung der Straßenbahn mit seiner Frau auf einer Bank saß, wurde von zwei französischen Soldaten, die sich offenbar an dem Mädchen vergreifen wollten, angegriffen und niedergeschlagen. Das Mädchen floh und wurde von den Soldaten verfolgt. Da in diesem Augenblick die Straßenbahn kam, ließen die Soldaten von der Verfolgung ab und verschwand. Werner ist an den Folgen seiner Verletzung im Krankenhaus gestorben. Die deutschen Behörden haben, da sich in der letzten Zeit die Überfälle in den einsamen

Straßen wieder häuften, scharfe Beschwerde beim General erhoben.

Dynamitanschlag in Düsseldorf.

Auf die Wohnung des Düsseldorfer Polizeikommissars ist ein Dynamitanschlag verübt worden. Vier Arbeiter konnten als Täter verhaftet werden. Es wurden bei ihnen noch zwei letzten Sprengstoff, den sie gestohlen haben, gefunden. Den fortgesetzten Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es schließlich, einen Teil der geistigen Urheber der letzten Unruhen festzunehmen. Im ganzen wurden fünf Personen verhaftet, die in den Angelegenheiten auf Polizei und Straßenbahn in der letzten Zeit beteiligt waren. Durch ihre Verhaftung gelang es schließlich, auch noch eine Anzahl junger Burken festzunehmen, die sich gleichfalls an den verbrecherischen Anschlägen beteiligt hatten.

Die Beerdigung Lenins.

Die Beerdigung Lenins findet am Sonnabend auf dem „Roten Platz“ an der Mauer des Kremls statt und zwar in einem neu erbauten Mausoleum. Der Senat von Petersburg beschloß, die Stadt Petersburg Lenin zu Ehren in Leningrad umzutauften.

Nach „Daily Express“ beabsichtigt Macdonald die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Moskau, um festzustellen, mit wem angeichts des Todes Lenins und der Krankheit Trotzki über die Aufnahme der britisch-russischen Beziehungen zu verhandeln sei.

Moskau und Paris.

Der russische Handelsvertreter Stobelew begibt sich nach London.

Wie „Petit Parisien“ mittelt, ist der bisherige Handelsvertreter der Sowjetregierung in Paris Stobelew angewiesen worden, sämtliche von ihm geschaffenen Einrichtungen in Paris aufzulösen. Er sei bereits nach Moskau zurückgekehrt. Die Maßnahme schließt die Kündigung sämtlicher in letzter Zeit zustandgekommener Verträge ein, die zum Teil bereits in Ausführung begriffen waren. Stobelew zählte zurzeit die durch die Vertragsbrüche erforderlich gewordenen Entschädigungen aus. Er werde sich dem Vernehmen nach etwa in vierzehn Tagen mit seinem Beamtenstab nach London begeben. Die bolschewistischen Beamten forderten die Franzosen auf, sich gegebenenfalls nach London oder Berlin zu wenden.

Die künftige Politik Englands gegenüber Sowjetrußland.

„Daily News“ schreiben über die anstehende Politik der neuen Arbeiterregierung unter Hinweis auf die auf diesem Gebiete zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei herrschende Uebereinstimmung: Die neue Regierung werde wohl nur insoweit revolutionär sein, als sie die schwache, schwankende und furchtsame Politik der Regierung Baldwin durch eine kraftvolle, feste und folgerichtige Politik ersetzen werde, die sich auf die Völkerbundsideale stütze und ein wirtschaftliches und allgemein menschliches Einvernehmen in Europa zu fördern versuchen werde. Die weitere von der Regierung geplante Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nicht nur würde die Entwicklung der großen Eisen- und Kohlenlager Rußlands gleich, die über 70 Prozent der Vorkommen in Westeuropa umfasse, sondern die politische Anerkennung biete auch günstige Aussichten, der katastrophalen und aggressiven Politik Frankreichs in Mitteleuropa entgegenzutreten. Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik werde der Präzedenzfall der britischen Diplomatie sein.

Kleine politische Notizen.

Neuer Ueberschuß bei den Reichseinnahmen. Auch im zweiten Januartrimester haben die Reichseinnahmen einen rund 15prozentigen Ueberschuß über die Ausgaben ergeben. Die Eisenbahn wird voraussichtlich am 10. Februar die Gütertariife weiter ermäßigen.

Vorbereitungen der Goldnotenbank. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat für heute die Vertreter der Berliner Großbanken zu sich geladen. Die Besprechungen gelten der Kapitalbeteiligung der deutschen Banken an der zu errichtenden neuen Goldnotenbank, deren Errichtung zum 1. April auch vom Reichskabinett zugestimmt worden ist. Die Bereitstellung der erforderlichen Devisen aus deutschen Privatbesitz, die von der Pariser Sachverständigenkommission am Dienstag beschlossen worden ist, wird im Wege der Notverordnung erfolgen.

Das Kabinett für Weiterzahlung der Besatzungskosten. Der Antrag der Rentenbank, die Bezahlung der Besatzungskosten im Interesse der Stabilität der deutschen Währung einzustellen, findet infolge der außenpolitischen Gegenmeinungen des Außenministers Stresemann keine Mehrheit im Kabinett.